

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

**zu 6.2 Umstufung eines Teilstücks der Weststraße zur Landesstraße
(Aufstufung)
Vorlage: V/2013/11738**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Umstufung eines Teilstücks der Weststraße öffentlich bekannt zu machen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

zu 6.3 Umwandlung der Sekundarschule Kastanienallee in eine Gemeinschaftsschule Vorlage: V/2013/11567

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Bezugsbeschluss:

- 1) Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14, festgestellt mit Stadtratsbeschluss vom 27.01.2010 (Vorlagen Nr. V/2009/08287) genehmigt mit Bescheid mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes vom 31.03.2010

Beschluss:

1. Der Stadtrat befürwortet und bestätigt den Antrag der Sekundarschule Kastanienallee auf Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule beginnend ab Schuljahr 2013/14 und beauftragt die Verwaltung, das Einvernehmen der Umwandlung mit dem Landeschulamt als Genehmigungsbehörde herzustellen.

Die Befürwortung und Bestätigung erfolgt vorbehaltlich der Inkraftsetzung der dazu erforderlichen Rechtsvorschrift (Umwandlungsverordnung) sowie der Bestätigung des Umwandlungskonzeptes der Sekundarschule durch das Landeschulamt.

2. Der Stadtrat beschließt vorbehaltlich der Wirksamkeit des Beschlusspunktes 1
 - 2.1 Die Sekundarschule Kastanienallee wird ab Schuljahr 2013/14 mit dem derzeitigen Schulbezirk als auslaufende Sekundarschule mit den Klassenstufen 6 bis 10 vorgehalten.
 - 2.2 Mit Beendigung des Schuljahres 2017/18 (31.07.2018) wird die Sekundarschule Kastanienallee aufgelöst.
 - 2.3 Die Gemeinschaftsschule Kastanienallee wird ab Schuljahr 2013/14 beginnend mit der Klassenstufe 5 aufwachsend vorgehalten.

- 2.4 Für die Gemeinschaftsschule Kastanienallee wird für Schuljahr 2013/14 ein Schuleinzugsbereich festgelegt.
Der Schuleinzugsbereich der Gemeinschaftsschule entspricht dem bisherigen Schulbezirk der Sekundarschule Kastanienallee.
- 2.5 Für die Gemeinschaftsschule Kastanienallee wird für das Schuljahr 2013/14 eine Aufnahmekapazität in die Klassenstufe 5 von 2 Klassen (max. 56 Schüler) festgelegt.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der Erstellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) ab Schuljahr 2014/15 ggf. weitere erforderliche Festlegungen zur weiteren Entwicklung der Gemeinschaftsschule dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

**zu 6.4 Satzung Schülerbeförderung
 Vorlage: V/2013/11603**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Finanzausschuss zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale)

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

**zu 6.5 Anpassung der Benutzungssatzung an die Gesetzesänderung KiFöG
Vorlage: V/2013/11693**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Anpassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) auf der Grundlage der Gesetzesänderung des KiFöG.

Finanzielle Auswirkungen

Produkt:	1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen
Zeitraum vom 01.08. 31.12.2013	ca. 3,7 Mio. EUR
	(bei einer geschätzten 75% igen Inanspruchnahme der Ganztagsbetreuung)

Kostenneutral, da Refinanzierung über das LSA

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

zu 6.5.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Anpassung der Benutzungssatzung an die Gesetzesänderung KiFöG (V/2013/11693)**
Vorlage: V/2013/11805

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

20 Ja Stimmen

18 Nein Stimmen

11 Enthaltungen

Beschluss:

Die Finanziellen Auswirkungen werden komplett gestrichen:

Der Stadtrat beschließt die Anpassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) auf der Grundlage der Gesetzesänderung des KiFöG.

Finanzielle Auswirkungen

Produkt:	1.36501-Betrieb von Kindertageseinrichtungen
Zeitraum vom 01.08.-31.12.2013	ca. 3,7 Mio. EUR
	(bei einer geschätzten 75%-igen Inanspruchnahme der Ganztagsbetreuung)

Kostenneutral, da Refinanzierung über das LSA

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

**zu 6.5.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Anpassung der Benutzungssatzung an die Gesetzesänderung KiFöG (V/2013/11693)
Vorlage: V/2013/11819**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Anpassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) auf der Grundlage der Gesetzesänderung des KiFöG unter folgender Veränderung:

§10 wird wie folgt geändert:

§ 10

Aufnahmebedingungen und gesundheitliche Betreuung

- (1) Der Antrag auf Erstaufnahme eines Kindes in eine Kindertageseinrichtung ist grundsätzlich von den Eltern zu stellen.
- (2) Die Eltern müssen vor der Erstaufnahme eines Kindes folgende Unterlagen beibringen:
 - a) die vollständigen Unterlagen und Erklärungen gemäß § 5 der Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) zur Festsetzung der Benutzungsgebühr; dies gilt nicht in den Fällen des § 1 Abs. 3 dieser Satzung;
 - b) eine ärztliche Bescheinigung (nicht älter als 3 Wochen) über die gesundheitliche Eignung des Kindes, ~~einschließlich des Nachweises über den Erhalt der durch die Ständige Impfkommision im Robert-Koch-Institut empfohlenen Impfungen;~~ demgemäß werden nur Kinder aufgenommen, die ärztlich untersucht und frei von Infektionskrankheiten und Ungeziefer sind.

- (3) Es wird den Eltern angeraten, vor der Erstaufnahme des Kindes die empfohlenen Schutzimpfungen der ständigen Impfkommision des Robert-Koch-Instituts vornehmen zu lassen.**

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

**zu 6.6 Bestellung eines Beschäftigtenvertreters für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2013/11691**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
27 Ja Stimmen

Frau Heike Rittwage

Beschluss:

Der Stadtrat bestellt einen der zwei vorgeschlagenen Beschäftigtenvertreter in den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement:

1. Frau Heike Rittwage,
2. ~~Frau Uta Thieme.~~

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 6.8 6. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2013/11803**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
32 Ja Stimmen
18 Nein Stimmen
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die 6. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale).

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

- zu 6.9.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, der Fraktion Die LINKE. und des stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Uwe Kramer (Erneute Behandlung wegen Widerspruchs des Oberbürgermeisters)
Vorlage: V/2013/11690**
-

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung des Jugendamtes **mit der nachstehenden Änderung zu**. Der Fachbereich Bildung ist damit Jugendamt im Sinne des SGB VIII.

§ 2 Abs. 2 der Satzung des Fachbereiches Bildung der Stadt Halle (Saale) wird gestrichen und mit folgendem Text ersetzt:

Die Sozialplanungsgruppe arbeitet mit der Jugendhilfeplanung zusammen. Die Planungen im Sozialbereich und im Bereich der Jugendhilfe werden aufeinander abgestimmt und sollen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 6.10 Prüfauftrag zu Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen einer gemeinsamen
Leitstelle mit dem Saalekreis
Vorlage: V/2013/11736**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat unterstützt das Ziel, mit dem Saalekreis eine gemeinsame Leitstelle zu bilden.
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Wirtschaftlichkeit einer gemeinsamen Leitstelle
zu prüfen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

zu 6.10.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage - Prüfantrag zu Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen einer gemeinsamen Leitstelle mit dem Saalekreis (Vorlagen-Nr.: V/2013/11736)
Vorlage: V/2013/11773**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

*Der zweite Satz ist zu streichen.
Der Beschlussvorschlag lautet:*

Der Stadtrat unterstützt das Ziel, mit dem Saalekreis eine gemeinsame Leitstelle zu bilden.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 6.11 Änderung von § 1 Absatz 3 (Geschäftsjahr) des
Gesellschaftervertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11762**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

*Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister in seiner Funktion als Vertreter der
Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, zur Änderung des Geschäftsjahres der Theater,
Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:*

§ 1 Abs.3 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt geändert:

*„Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Zur Umstellung auf das
Kalenderjahr ist der Zeitraum vom 01. August 2013 bis zum 31. Dezember 2013 ein
Rumpfgeschäftsjahr. Sollte eine Eintragung der Änderung des Gesellschaftsvertrages
im Handelsregister nach dem 01. August 2013 erfolgen, beginnt das
Rumpfgeschäftsjahr mit dem Zeitpunkt der Eintragung und endet am
31. Dezember 2013.“*

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

zu 6.11.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Dringlichkeitsvorlage - Änderung von § 1 Absatz 3 (Geschäftsjahr) des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (Vorlagen-Nr.: V/2013/11762)
Vorlage: V/2013/11772**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt erweitert.

2. Der zu ändernde Wirtschaftsplan für das Rumpfgeschäftsjahr 2013 wird dem Stadtrat bis spätestens Juli 2013 vorgelegt.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

**zu 6.12 Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11687**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
in den
Kulturausschuss
und in den
Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr vom 01.08.2013 bis zum 31.07.2014 wird beschlossen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

- zu 7.1 Antrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE.)
zur Umsetzung des Grundsatzbeschlusses
Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost (HES) 4.
Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2013/11634**
-

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
durch Antragsteller zurückgezogen

geänderter Beschlussvorschlag:

In Erwartung des Planfeststellungsbeschlusses sind die Ausführungsplanung und die folgende bauvorbereitende Leistungsphase wie folgt zu gestalten:

1. *Untergliederung des Planfeststellungsabschnittes 4 in 3 separate Bauabschnitte:
 - a) *Delitzscher Straße – Reideburger Landstraße*
 - b) *Reideburger Landstraße – Berliner Straße*
 - c) *Berliner Straße – B 100**
2. *Entwicklung des Bauablaufes mit dem Ziel der schnellstmöglichen Verkehrswirksamkeit ausgehend von der Delitzscher Straße.*
3. *Beantragung der Fördermittel entsprechend der 3 Bauabschnitte.*
4. *Parallele Fortsetzung der Planung des Abschnittes c) Berliner Straße – B 100*
5. ***Der Bauablauf soll entsprechend des Beschlusspunktes 2 mit Terminablauf dem Stadtrat vorgelegt und von ihm vor Baubeginn beschlossen werden.***

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 7.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Unterstützung der Grundschule
 „Albrecht Dürer“
 Vorlage: V/2013/11629**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
im Bildungsausschuss vertagt

Beschlussvorschlag

Die Stadt unterstützt das Konzept der Eltern der Grundschule „Albrecht Dürer“ zur Sanierung des Schulhofes, des Schulgartens und des Sportplatzes. Die Stadtverwaltung teilt dem Stadtrat bis zur Sitzung des Bildungsausschusses am 07. Mai 2013 mit, welche Genehmigungen erteilt und Baumaßnahmen durchgeführt werden müssen und welche finanzielle Beteiligung durch die Stadt Halle Saale) erfolgt.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten
Verwaltungsneubau am Riebeckplatz
Vorlage: V/2013/11637**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

im Ausschuss für Planungsangelegenheiten für
erledigt erklärt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtrat im Mai 2013 über den geplanten Neubau eines Verwaltungsgebäudes am Riebeckplatz und den aktuellen Sachstand der Verhandlungen hinsichtlich einer beabsichtigten Einmietung von städtischen Verwaltungseinheiten zu informieren. Der Stadtrat ist in die Entscheidung über eine konkrete Anmietung im Rahmen einer Beschlussfassung einzubeziehen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 7.4 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung
einer Fußwegekonzeption
Vorlage: V/2011/10239**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

23 Ja Stimmen

25 Nein Stimmen

2 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

***den Beschluss Erarbeitung einer Fußwegekonzeption (95/I-11/A-91) umzusetzen zu
erstellen und dem Stadtrat bis Juni ~~2012~~ **Dezember** 20123 vorzulegen.***

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 7.4.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Stadträtin
Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer
Fußwegekonzeption (V/2011/10239)
Vorlage: V/2013/11416**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

23 Ja Stimmen

24 Nein Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung des
Verkehrsentwicklungsplanes 2025 grundsätzliche Ziele und wichtige Maßnahmen für den
Fußgängerverkehr zu erarbeiten.*

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

- zu 7.5 **Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019 (Erneute Behandlung wegen Widerspruchs des Oberbürgermeisters)
Vorlage: V/2013/11604**
-

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt
durch Antragsteller zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich auf dem Internationalen Hansetag 2013 in Herford um die Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019 zu bewerben.

~~Die Mittel zur Ausrichtung des Hansetages in Höhe von ca. 500.000 € sind in den HH-Jahren 2015 bis 2019 anzusparen.~~

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

Bemerkung:

Aufgrund des Widerspruchs des Oberbürgermeisters hatte der Stadtrat den gesamten Verhandlungsgegenstand nochmals zu beraten und zu entscheiden. Die Antragsteller haben in der Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013 den Antrag zurückgenommen.

Damit ist der zuvor in der Stadtratssitzung vom 29.05.2013 gefasste Beschluss (Vorlagen-Nr.: V/2013/11604) gegenstandslos und konkludent aufgehoben.

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

zu 8.1 Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU) und Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stärkung der Wirtschaftsförderung Vorlage: V/2013/11778

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Das Sachmittelbudget für Zwecke der Wirtschaftsförderung ist in Höhe des Haushaltsplanansatzes 2013 für die Jahre 2014 bis 2016 bei der Haushaltsaufstellung festzuschreiben.*
- 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zu schaffen, womit der Wirtschaftsförderung die Inanspruchnahme der Mittel im benötigten Umfang von Beginn des jeweiligen Planjahres an ermöglicht wird.*
- 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die zügige und anforderungsgerechte Wiederbesetzung vakanter Stellen sicherzustellen (auch durch externe Ausschreibung) und eine angemessene Stellenbewertung vorzunehmen, die einer Fluktuation in andere Verwaltungsbereiche begegnet.*
- 4. Zur Stärkung der Akquisitionstätigkeit soll im Stellenplan des Haushaltes 2014 eine Mitarbeiterstelle im Bereich Ansiedlungsverfahren neu geschaffen werden. Darüber hinaus soll eine Teamleiterstelle im Bereich Bestandspflege und –sicherung neu geschaffen werden, da derzeit nur ein Restteam IT und Kreativwirtschaft (bei einer Vakanz) und ohne Leiter existiert (resultiert aus Neugründung Fachbereich Wissenschaft).*

5. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis Oktober 2013 eine Evaluierung der bisherigen Strategie zu Ansiedlungen und Bestandspflege vorzulegen. Hierin sollen insbesondere Vorschläge zur Effektivitätssteigerung der Arbeit der Wirtschaftsförderung getroffen werden. Dieses soll auch Aussagen zur möglichen Einbindung von Projektentwicklern enthalten sowie einen anhand vergleichbarer Städte orientierten Vorschlag zur Höhe des Budgets der Wirtschaftsförderung enthalten.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den

Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung,

Finanzausschuss

und in den

Hauptausschuss

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

zu 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten
Vorlage: V/2013/11766

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, über Fortgang und Abschluss aller durch den Stadtrat beschlossenen Bauprojekte sowie ausgewählter weiterer, vom Vergabe-/ Bauausschuss im Zuge der Vergabe Beschlussfassung festzulegender Bauprojekte ab der ersten Gremienbefassung vierteljährlich in einer Informationsvorlage zu berichten.

Die Informationsvorlage soll zu jedem der festgelegten Einzelprojekte ein fortlaufend zu aktualisierendes Projektblatt mit folgenden Angaben in kurzer Darstellung, so weit wie möglich tabellarisch enthalten:

- *Kurzbeschreibung des Projektes/Vorgangs*
- *Hinweis auf zu Grunde liegende Stadtratsbeschlüsse (u.a. zu Gestaltung, Bau und Finanzierung sowie Änderungsbeschlüsse)*
- *geplante Kosten und vorgesehener zeitlicher Ablauf*
- *Kostenstruktur: Eigenmittel, Fördermittel, Straßenausbaubeiträge*
- *Hinweise zur Planung und Vergabe (aktuelle Leistungsphase, ausführende Zuständigkeiten und Haftungsregelungen)*
- *Darstellung des Projektfortschrittes (Kosten- und Umsetzungsstand)*
- *Anzeige von Schwierigkeiten und Kostenaufwüchsen (Ampelfunktion ähnlich Beteiligungsbericht)*
- *Anzeigen von Änderungen bei Fördermitteln (Höhe, Änderungen bei Förderquellen und Förderquote)*
- *Übersicht sämtlicher Nachträge (beantragt, bewilligt, voraussichtliche weitere)*
- *Hinweis auf Darstellung in der Haushaltssatzung / Investitionsplanung (Haushaltsstellen usw.)*

Nach Projektabschluss (Bauabnahme bzw. Inbetriebnahme) erfolgt eine abschließende kurze Stellungnahme zu folgender Fragen:

- *Gegenüberstellung geplanter und realisierter Kosten und Zeiten*
- *Differenzen zwischen Planung und Projektumsetzung*
- *positive und negative Hinweise, Schlussfolgerungen, Erfahrungen aus der Projektumsetzung*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den

**Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI
und VOF**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

und in den
Finanzausschuss

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 8.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage des
 Brandschutzbedarfsplans
 Vorlage: V/2013/11786**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Brandschutzbedarfsplan umgehend dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

**zu 8.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Behandlung aller
Beraterverträge der Stadt Halle (Saale) im Hauptausschuss
Vorlage: V/2013/11774**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat sieht mit der zunehmenden Zahl von Beraterverträgen für die Stadt Halle (Saale) Probleme durch Doppelerledigungen von Verwaltungsaufgaben, verstärkten Kontrollnotwendigkeiten der Arbeit der Berater, Abwanderung von Fachwissen aus der Verwaltung, entstehende Abhängigkeiten zu bestimmten Beratern und Ersatz von Weiterbildung durch Einkauf von Fremdwissen.

Der Hauptausschuss beschließt über Inhalt und Umfang von Aufträgen an externe Berater. Ohne diesen Beschluss erfolgt keine Freigabe von Haushaltsmitteln.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von
Kinderbetreuung während der Sitzungen des Stadtrates und seiner
Ausschüsse
Vorlage: V/2013/11791**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den

Hauptausschuss

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den

Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt für die nächste Wahlperiode des Stadtrates ein Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder während der Stadtratssitzungen und den Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates anzubieten. Im 1. Quartal 2014 ist dem Stadtrat ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung vorzulegen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

**zu 8.8 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur
Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung
Vorlage: V/2013/11799**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zeitnah zu prüfen, welche Mittel sie gegen die zu erwartende EU-Richtlinie zur Dienstleistungskonzession der zurzeit vergaberechtsfreien Wasserversorgung einlegen kann, um diese zu verhindern. Die Stadtverwaltung soll bis Juli 2013 berichten, welche Maßnahmen sie ergreifen will oder in welcher Form sie bereits aktiv geworden ist.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 8.10 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung einer
sachkundigen Einwohnerin in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2013/11822**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Herr Steve Mämecke scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Bildungsausschuss aus.

Frau Cathleen Stahs wird als sachkundige Einwohnerin in den Bildungsausschuss berufen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 8.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines
sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: V/2013/11823**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Herr Dr. Thomas Prochnow scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Sportausschuss aus.

Herr Andre´ Cierpinski wird als sachkundiger Einwohner in den Sportausschuss berufen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 8.12 Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-
Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion (Halle (Saale) zur
Ertüchtigung der Straße „Gimritzer Damm“
Vorlage: V/2013/11820**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung stellt schnellstmöglich dem Stadtrat das Ergebnis der Variantenabwägung für den Ausbau der Straße „Gimritzer Damm“ vor und legt dem Stadtrat die Vorzugsvariante zum Ausbau der Straße zur Beschlussfassung vor.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

**aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom
19.06.2013:**

**zu 8.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
zum Hochwasserschutz und angepassten Ausbau von Straße und
Tram am Gimritzer Damm
Vorlage: V/2013/11841**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, mit den zuständigen Stellen auf Landesebene gemeinsam auf einen schnellstmöglichen verbesserten Hochwasserschutz am Gimritzer Damm hinzuwirken und daran angepasst den Ausbau der Straße "Gimritzer Damm" und eventuell nötige Anpassungen der Tram vorrangig vor anderen Bauprojekten zu planen, dem Stadtrat und seinen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen und baulich umzusetzen.

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin

A u s z u g

aus der Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013:

**zu 8.13.1 Änderungsantrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zum Dringlichkeitsantrag Fraktion DIE LINKE. Im Stadtrat Halle (Saale) zum Hochwasserschutz und angepassten Ausbau von Straße und Tram am Gimritzer Damm V/2013/11841
Vorlage-Nr.: V/2013/11860**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

*Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, mit den zuständigen Stellen auf Landesebene gemeinsam auf einen schnellstmöglichen verbesserten Hochwasserschutz am Gimritzer Damm hinzuwirken und daran angepasst den Ausbau der Straße „Gimritzer Damm“ und eventuell nötige Anpassungen der Tram **prioritär** ~~vorrangig vor anderen Bauprojekten~~ zu planen, dem Stadtrat und seinen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen und baulich umzusetzen.*

F.d.R.

Anja Schneider
Protokollführerin